



Problemfaktor Kind 2004: „Mütter sind immer die Angeschmierten“

Land ohne Lachen

Deutschland schrumpft – und ergraut. Die Bundesrepublik rangiert mit ihrer Geburtenrate unter 190 Staaten auf Platz 185. Vier von zehn deutschen Akademikerinnen verzichten auf Mutterglück und Mutterstress. Sind die Frauen in den Gebärstreik getreten – oder die Männer in den Zeugungsstreik?

Wann immer Angela Merkels CDU-Nachwuchstruppe während der vergangenen Jahre in den Wahlkampf zog, durfte ihr wirksamstes Werbemittel nicht fehlen: das schwarze Kondom.

Verhüterli in Tüten verteilte die Junge Union in Berlin („Safer Politics“) ebenso wie in Bremen („Für sicheren Verkehr“). Zu Rathauswahlen in Schleswig-Holstein verschenkte sie Latex mit der Losung: „Dein erstes Mal? – Mach’s kommunal!“ Und in Baden-Württemberg gaben ihre

Kandidaten Gummi mit dem Spruch: „Ich will rein. Du willst es doch auch.“

Nun müssen sich die Jungunionler was Neues einfallen lassen.

„Früher galt es als chic, Kondome als Werbegag zu verteilen“, sagt ihr Bundesvorsitzender Philipp Mißfelder, „das machen wir jetzt nicht mehr.“ Den CDU-Junioren hat sich mittlerweile erschlossen, dass es der Nation an Nachwuchs mangelt – und da wollen die jungen Konservativen mit ihren Präservativen, Gott verhüt’s, nicht noch Beihilfe leisten.

Wie die Unionsjugend sieht sich die Republik plötzlich mit den Folgen eines Phänomens konfrontiert, das sie jahrzehntelang verdrängt hatte: Deutschlands Frauen bringen im Schnitt nur noch 1,35 Kinder zur Welt; 2,1 aber wären erforderlich, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten.

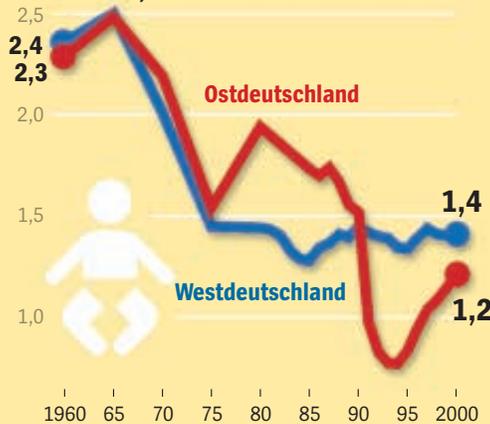
Bei gleichbleibender Lebenserwartung würde die Wohnbevölkerung, ohne Zuwanderung, alljährlich um 200 000 Menschen schrumpfen; das entspricht der Größe von Lübeck oder Kassel. Schon jetzt gibt es ganze Straßenzüge ohne Kinderlachen.



PETER ROGENTHIN (L.); INTERFOTO (R.)

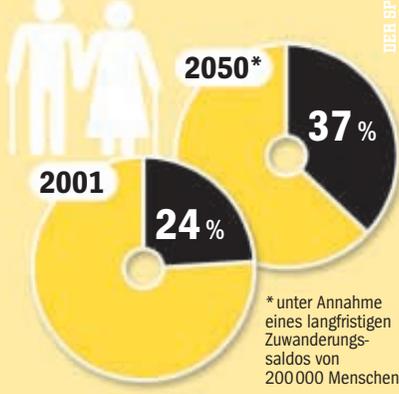
Weniger Kinder...

Geburten je Frau im Alter von 15 bis 45 Jahren



...mehr Alte

Anteil der 60-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung



DER SPIEGEL

Kinderreiche Familie (1955)

„Kinder kriegen die Leute sowieso“

publik allmählich in einen Gerassic Park, in dem jeweils ein Berufstätiger für einen Rentner aufkommen muss.

Ähnlich dramatisch wie zurzeit hat sich das Land, abgesehen vom Zweiten Weltkrieg, zuletzt während der Pestepidemien des Mittelalters verändert. Dennoch: Bevölkerungspolitik stand in Berlin kaum je auf der Tagesordnung; schon das Wort erinnerte peinlich an Adolf Hitler und die Mutterkreuze, mit denen die Braunen die Gebärfreudigkeit fördern wollten.

Als „weiches Weiberthema“ ist Familienpolitik von Männern aller Parteien lange Zeit verspottet worden. Gerhard Schröder – vier Ehen, kein leibliches Kind – flappt im Kanzleramt zwar nicht mehr wie in seinen politischen Flegeljahren, dass „Topfblumen und Kinder“ nicht „in einen anständigen Haushalt“ gehörten. Doch dass Familienpolitik „Gedöns“ sei, rutschte ihm noch vor ein paar Jahren heraus.

Einen Anlauf der SPD, mit besseren Kinderbetreuungsangeboten und mehr Ganztagschulen bei jungen Familien zu punkten, verpatzte Generalsekretär Olaf Scholz mit seinem Geschwätz von der „Lufthoheit über den Kinderbetten“. Auf ähnliches Niveau begab sich CDU-Chefin Merkel mit Bürgerschreck-Parolen vom Sozi, der eines Tages „an Ihrer Haustür klingelt, das Kind aus dem Laufstüchchen reißt“ und „der Mutter am besten noch ein rotes Stirnband von Ché Guevara umbindet“.

Beschäftigt mit dem üblichen Alltagsgäck, merkte kaum ein Politiker auf, als die Weltbank im Sommer verlautbarte, dass die Bundesrepublik eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt aufweist: Deutsch-

Rechte wie linke Denker warnen vor üblen Folgen für Land und Leute. Die grassierende Kinderlosigkeit führe zu einem „geistigen Verarmungsprozess“, mahnte jüngst Ex-Bundespräsident Roman Herzog. Noch schärfer urteilt der Reformpädagoge Hartmut von Hentig: Ein Leben ohne Kinder bewirke „moralische Verwahrlosung“.

In Euro und Cent beziffern lassen sich bereits die materiellen Folgen. Mittlerweile sind all die sozialen Sicherungssysteme in Schiefelage geraten, die auf dem Prinzip des Generationenvertrags basieren, jenes nirgendwo niedergeschriebenen Pakts, der nur zwei Postulate umfasst:

Paragraf 1. Füllt in jungen Jahren die Kassen, aus denen die Renten und Pflegegelder für die Senioren fließen.

Paragraf 2. Seid fruchtbar und mehret euch, damit es in eurem Alter genügend junge Menschen gibt, die euch unterhalten können.

Wohin es führt, wenn große Teile einer Generation Paragraf 2 beharrlich missachten, dämmert vielen Deutschen, seit Regierung und Opposition erbittert um Rentenkürzungen ringen und Politiker mit im-

mer neuen Sparideen vorpreschen, weil nicht mehr genug junges Kapital in die Kassen fließt; CDU-Mann Mißfelder schlug bereits vor, älteren Patienten keine künstlichen Hüftgelenke mehr zu bezahlen.

„Kinder kriegen die Leute sowieso“ – diesen Glaubenssatz des Altkanzlers Konrad Adenauer hat die Generation der heute 30- bis 45-Jährigen gründlich widerlegt. Rund 26 Prozent der 1960 geborenen Frauen sind kinderlos, unter den Akademikerinnen sogar 42 Prozent.

Schon um das Jahr 2010 wird die Republik, bei gleichbleibender Lebenserwartung und ohne zusätzlichen Zuzug, wahrscheinlich eine halbe Million Einwohner weniger haben als heute. Bis 2050 könnte die Bevölkerungszahl von jetzt 82,5 auf 70 Millionen oder noch darunter fallen.

Der Retro-Trend wäre weniger folgenreich, stiege nicht zugleich das Durchschnittsalter – teils weil weniger Kinder geboren werden, teils weil der medizinische Fortschritt die Menschen immer länger leben lässt. Schon im Jahr 2035 werden die Deutschen das älteste Volk der Welt sein – eine graue Revolution verwandelt die Re-

land rangiert unter 190 Staaten sage und schreibe auf dem 185. Platz.

„Manche Nachrichten sind eigentlich ungeheuerlich, sorgen aber trotzdem nicht für Schlagzeilen“, wunderte sich der „Tagesspiegel“ über die Null-Reaktion: „Kein öffentlicher Aufschrei folgte, Rufe nach einem Krisengipfel blieben aus.“

Dass der Kindermangel nun doch noch zum Politikum wurde, hat vor allem Edmund Stoiber bewirkt. Der CSU-Chef überraschte Freund und Feind mit der Forderung, die Rentenkassen auf zuvor kaum je debattierte Weise zu sanieren: mit Hilfe von Beitragserhöhungen für Kinderlose.

Stützen kann sich Stoiber unter anderem auf den Münchner Professor Hans-Werner Sinn. „Der Hauptgrund für die erforderlichen Rentenkürzungen liegt in der Kinderarmut“, argumentiert der Chef des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Wichtige Ursache des Kindermangels wiederum sei das Rentensystem, das eine Art „Vollversicherung gegen Kinderlosigkeit“ darstelle und Eltern nicht länger zu Gunsten Kinderloser benachteiligen dürfe.

Auch Sozialministerin Ulla Schmidt will Kinderlose nun verstärkt heranziehen. Arbeitnehmer ohne Kinder sollten, forderte die Sozialdemokratin vorletzten Woche, für die Pflegeversicherung einen Zuschlag von pauschal 2,50 Euro pro Monat zahlen.

Seit Politiker und Experten mit solchen und ähnlichen Modellen schwanger gehen, entzweit eine „neue Art von Klassenkampf“ („Berliner Zeitung“) die Deutschen: Kindseltern und Kinderlose streiten über Ursachen und Konsequenzen des Bevölkerungsrückgangs – häufig hochgradig emotionalisiert.

Da lästern die einen über die egoistischen Schmarotzer, denen die Kindererziehung „einfach zu anstrengend“ sei, weil sie „Konsum für angenehmer halten als nervtötende Stunden mit Holzbauklötzen“; und sie mokieren sich über Kinderlose, die „die halbe Million Euro (Existenzminimum), die zum Großziehen von



THOMAS NIEDERMÜLLER / ACTION PRESS

Ehepaar Stoiber, Enkelkinder: Freund und Feind überrascht

drei Kindern mindestens nötig wäre“, einfach so „für Tauchurlaube“ und ähnlichen Luxus verprassten, wie die „Zeit“-Leitartiklerin Susanne Gaschke schreibt.

Die anderen wiederum jammern darüber, dass Frauen im kinderfeindlichen Deutschland alles nur falsch machen können, wie „Amica“-Autorin Meike Winne-muth meint. Eine Frau, klagt sie, habe lediglich die Wahl, auf welche Weise sie „die Angeschmierte“ sein wolle:

1. Du bekommst ein Kind und bleibst zu Hause. Du wirst als tumbe Hausfrau beschimpft, die zu bequem ist zum Arbeiten.
2. Du bekommst ein Kind und arbeitest weiter. Du wirst als Rabenmutter beschimpft, die weder dem Kind noch dem Job wirklich gerecht wird.
3. Du bekommst kein Kind. Du wirst als egozentrische, unreife, gefühlkalte Sowieso-nicht-ganz-richtige-Frau beschimpft.

Dass der Konflikt ums Kinderkriegen nicht schon Jahre zuvor ausgebrochen ist, führen Fachpolitiker wie die Stuttgarter

Kultus- und Jugendministerin Annette Schavan (CDU) auf eine „große Lebenslüge“ der Deutschen zurück: auf die lange Zeit gehegte Annahme, Babymangel lasse sich durch verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland kompensieren.

Dabei wissen Experten: Wenn die Überalterung lediglich mit Hilfe der Zuwanderung Jüngerer gestoppt werden soll, müsste Deutschland „bis 2050 netto 188 Millionen Einwanderer aufnehmen“, wie der Bielefelder Bevölkerungsforscher Herwig Birg ausgerechnet hat. Die Zahl sei deshalb so groß, erläutert der Wissenschaftler, „weil jüngere Einwanderer den Altenquotienten nur kurzfristig verringern, aber langfristig erhöhen, wenn sie selbst zur Gruppe der 60-Jährigen und Älteren gehören“.

Erreichbar wäre das irrwitzig anmutende Ziel einer Zuwanderung von 188 Millionen Menschen wohl nur mit Immigranten aus fernen Kulturkreisen – und mit entsprechend hohem Integrationsaufwand.

Denn das Gros der europäischen Staaten leidet, bei einer durchschnittlichen Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau, unter ähnlicher Auszehrung wie die Bundesrepublik. Westeuropäisches Schlusslicht ist das vermeintlich kinderfreundliche Italien, wo 100 Frauen heutzutage nur noch 120 Bambini zur Welt bringen. Nach einer österreichischen Studie wird die Bevölkerungszahl von Old Europe bei anhaltendem Trend in den nächsten 100 Jahren von 376 Millionen auf 290 Millionen Menschen zurückgehen.

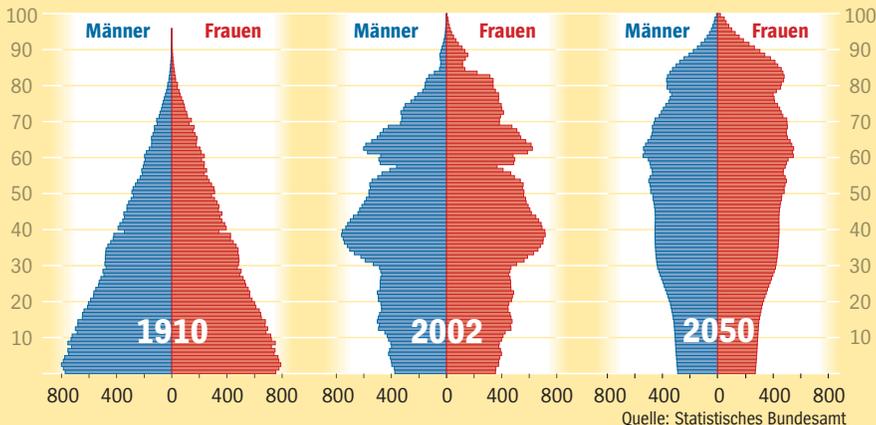
Weltweit herrscht die entgegengesetzte Tendenz vor. Uno-Statistiker rechnen für die kommenden drei Jahrhunderte mit einer weiteren Zunahme der Erdbevölkerung von jetzt 6,3 auf 9 Milliarden. In dieser Zeitspanne werde sich der Anteil der Europäer fast halbieren, der Anteil der Afrikaner nahezu verdoppeln.

Woher auch immer künftig Zuwanderer nach Deutschland kommen sollen – Immi-

Auf den Kopf gestellt

Bevölkerung in Deutschland; Angaben in tausend Personen

Alter in Jahren





MICHAEL URRAN / DDP

Kanzler Schröder beim Weltkindertag 2003*: „Wirklich ziemlich am Ende der Skala“

granten passen sich rasch den Usancen des Ziellandes an: In Deutschland lebende Ausländerinnen bringen im Schnitt auch nur 1,4 Kinder zur Welt.

Trügerisch ist auch die Laien-Hoffnung, mit ein paar kräftigen Geldspritzen oder sonstigen Sofortmaßnahmen könne so mal eben die Gebärfreude gefördert und der Abwärtstrend gewendet werden.

In Wahrheit ist die Geburtenrate der nächsten Jahrzehnte weitgehend programmiert. Weil die Zahl der potenziellen Mütter bereits seit langem sinkt und Ungeborene nun mal keine Nachfahren in die Welt setzen können, läuft die Negativentwicklung, so Birg, ab „wie ein Uhrwerk“.

Selbst wenn sich alle gebärfähigen Frauen in den nächsten 20 oder 30 Jahren entschließen, je zwei Kinder zur Welt zu bringen, doziert der Wissenschaftler, „würden sich die Bevölkerungsschrumpfung und die demografische Alterung bis 2080 fortsetzen“. Habe sich ein Prozess wie der Verlauf der Geburtenrate nämlich erst einmal „ein Vierteljahrhundert in die falsche Richtung entwickelt“, dauere es „ein Dreivierteljahrhundert, ihn wieder umzulenken“.

Ein Konzept gegen den Kindermangel setzt eine Analyse der Ursachen voraus – die aber sind außerordentlich vielschichtig und vielgestaltig.

Unstrittig ist, dass die Einführung der Anti-Baby-Pille in den Sechzigern und auch die Liberalisierung des Abtreibungsrechts (Motto: „Mein Bauch gehört mir“) wichtige Voraussetzungen für den Geburtenchwund geschaffen haben: Erstmals war es Frauen möglich, ohne Bevormundung durch Pfarrer oder Richter die Kinderzahl selbst zu bestimmen – ein Fortschritt, den heute nur rechte Außenseiter zurückdrehen wollen.

Der so genannte Pillenknicke in den bewegten Jahren nach 1968 leitete ein, was der Frankfurter Wissenschaftler Reimut Reiche die „Homosexualisierung der Sexualität“ nennt: Während dank Pille nun auch die Heteros erstmals massenhaft von der „Trennung der Lust- von der Zeugungsfunktion“ profitierten, entwickelten sie, so der Sexualforscher, ein ganz ähnliches Sozialverhalten wie die Schwulen.

Die traditionelle Ehe-Ethik – „bis dass der Tod euch scheidet“ – verlor den „Status der Unbedingtheit“; das Modell Lebenspartnerschaft wurde zunehmend von Lebensabschnittspartnerschaften abgelöst. Wann immer die Karriere einen Ortswechsel erforderte, waren locker Verbandelte bereit, auf dem Altar der Selbstverwirklichung die „bestehende Partnerschaft notfalls zu opfern“ – Phänomene, die der Sexualwissenschaftler zuvor eher in der Schwulenszene ausgemacht hatte.

Kinder großzuziehen galt fortan nur noch als eine Option unter vielen. Logisch, dass seit den Siebzigern immer mehr Heteros zur Kategorie der kinderlosen Doppelverdiener stießen, auf Soziologisch „dink“ (double income, no kids) genannt. Andere zogen das Single-Dasein vor und vergnügten sich auf der Dauersuche nach „dem richtigen“ mit möglichst vielen falschen Partnern.

Trotz des gesellschaftlichen Wertewandels und trotz sinkender Kinderzahlen ist der *Kinderwunsch* verblüffenderweise relativ konstant geblieben: Junge Deutsche erhoffen sich heute im Schnitt 2,2 Kinder, also sogar etwas mehr als nötig, um den Bevölkerungsbestand stabil zu halten.

Die „enorme Lücke“ zwischen Kinderwunsch und realisierter Geburtenzahl (von 1,35 Kindern), erkannte die „Frankfurter Allgemeine“, „stellt einen Skandal dar, der gleichwohl öffentlich eher beschwiegen wird“.

Familienministerin Renate Schmidt – mit 60 Jahren dreifache Mutter und vierfache Großmutter – zieht aus den Statistiken den richtigen Schluss, dass es überflüssig sei, irgendjemanden zum Kinderkriegen zu beschwätzen. Der Staat müsse vielmehr die Hindernisse aus dem Weg räumen, die einer Umsetzung des durchaus vorhandenen Kinderwunsches im Wege stünden.

Leicht gesagt, schwer getan. Denn da gibt es zum Beispiel die Gruppe jener, die wollen, aber nicht können – ein, zum Teil aus Scham, häufig tabuisiertes Thema.

Bei schätzungsweise jedem sechsten Paar mit Kinderwunsch leidet zumindest einer der Partner unter Fruchtbarkeitsstörungen, in etwa der Hälfte der Fälle liegt die Ursache beim Mann.

Seit Jahrzehnten registrieren Wissenschaftler in Industriestaaten eine Abnahme der Spermienzahl und -kraft. Mittlerweile, konstatiert der Gießener Urologe Wolfgang Weidner, verfüge in Deutschland „jeder zweite Mann über eine eingeschränkte Samenqualität“.

Die Reihe der ermittelten oder vermuteten Ursachen ist lang. Sie reicht von Alkoholmissbrauch und Allgemeinerkrankungen über Hodenerwärmung durch enge Plastikwindeln oder modische Unterwäsche bis hin zu Giften wie Dioxinen, Pestiziden oder künstlichen Östrogenen aus der Tiermast oder aus der Anti-Baby-Pille, die ins Grund- und Trinkwasser geraten.

Nicht nur Männer sind betroffen. „Auch die Zahl unfruchtbarer Frauen nimmt infolge der Belastung durch Industrie- und Agrarchemikalien immer mehr zu“, ermittelten Forscher der Berliner Charité. Sind Frauen während der Schwangerschaft starken Belastungen durch Umweltgifte ausgesetzt, so entdeckten dänische und britische Wissenschaftler, produzieren die von ihnen zur Welt gebrachten Söhne spä-

* Mit Teilnehmern der Aktion „Wenn ich Bundeskanzler wär“ im Kanzleramt.

ter zu wenig Spermien – ein teuflischer Zirkelschluss.

Und so gern auch die Warnungen auf Zigarettenschachteln von manch einem verdrängt oder verulkt werden („Tauchen in der Schwangerschaft hebt den Meeresspiegel“) – unter Medizinern unumstritten ist die Berechtigung des Hinweises: „Rauchen kann die Spermatozoen schädigen und schränkt die Fruchtbarkeit ein.“ Bei der künstlichen Befruchtung ist die Erfolgschance von Nichtraucher-Paaren doppelt so groß wie die von Rauchern.

Daneben gibt es die Gruppe derer, die wohl können, aber nicht wollen.

Zu ihnen zählt die Hamburger Psychologin Susie Reinhardt, 41, die „seit zwölf Jahren in einer festen Partnerschaft“ lebt und partout kinderlos bleiben will. „Schon als Kind habe ich nicht gern mit Puppen gespielt“, sagt sie: „Ich finde Kinder interessant, wenn sie etwa sechs werden und man

dreißig“, glaubt die Hamburgerin, „würden sich an eine Frau binden, die schon ein Kind hat. Die meisten sind zu egoistisch.“

Andere, die einen Partner haben, schieben das Kinderkriegen lange vor sich her – und kommen dann doch nicht aus den Startlöchern: Achtung, fertig, kinderlos.

Zwar gaukelt die boomende Reproduktionsmedizin den Frauen vor, sie hätten auch noch in der Mitte des fünften Lebensjahrzehnts gute Chancen, schwanger zu werden. Doch allem medizinischen Fortschritt zum Trotz sinkt die Schwangerschaftswahrscheinlichkeit im Lauf der Zeit rapide ab – von 23 Prozent pro Zyklus bei 25-Jährigen auf 5 Prozent bei 40-Jährigen; die Fehlgeburtenrate schnell ab 45 Jahren auf mehr als 50 Prozent empor.

Die hohe Kinderlosigkeit, vor allem bei Akademikerinnen, hat auch politische Ursachen. Dazu zählt der Berliner Soziologie-Professor Hans Bertram vor allem die „ex-

die Männerwelt sei in den „Zeugungsstreik“ getreten – vor allem, weil sie „nicht windeln“ wolle. Beweis:

„Ja, Schatz, aber nicht dieses Jahr – vielleicht übernächstes?“ Wie viele Frauen haben diesen Satz schon gehört? Gegenprobe: Wie viele Männer haben ihn schon gehört?

Immer mehr Kerle, glaubt „taz“-Autorin Ulrike Winkelmann, spielten ihren biologischen Vorteil voll aus: „Welchen Grund sollte ein Mann haben, sich jetzt die Nächte mit Babygeschrei ruinieren zu lassen, wenn er das in zehn Jahren ebenso gut noch tun kann?“ Auch Männer hätten gelernt, ihre Lebenschancen cool zu kalkulieren: „Dazu gehört, dass sie sich jederzeit eine jüngere Frau suchen können, wenn die jetzige zu alt zum Kinderkriegen geworden ist oder sich zu alt dafür fühlt.“

So steigt, nicht nur unter Akademikerinnen, der Anteil der Nichtgebärenden



Baby-Boom in der DDR (1961), Demonstration gegen den Paragraphen 218 (1970), Disco-Szene (2003): Nach Babyboom und Pillenknicke ist

sich mit ihnen unterhalten kann. Zu Babys fühle ich mich einfach nicht hingezogen, ein Familiendasein reizt mich nicht.“

Susie Reinhardt kennt viele Gleichgesinnte, über deren Lebensweise und Lebenshaltung sie ein Buch („Frauenleben ohne Kinder“) verfasst hat. Die Motive bewusst kinderloser Frauen, hat sie erfahren, würden von der Gesellschaft häufig nicht akzeptiert; Frauen wie sie müssten gegen das Vorurteil ankämpfen, sie wünschten sich insgeheim doch Kinder, hätten nur keinen Mann gefunden.

Die Sekretärin Tanja H., 37, ist allein erziehende Mutter eines Sechsjährigen. Weil sie Kindererziehung für „die schönste Nebensache der Welt“ hält, würde die geschiedene Frau gern noch einmal schwanger werden. Doch der attraktive Single hat bislang vergebens Ausschau gehalten. „Höchstens zehn Prozent aller Männer über

treme Länge des Studiums“ und den „schwierigen Einstieg in den Beruf“. Bertram: „Das ist möglicherweise die Konsequenz eines nicht reformierten Bildungs- und Berufssystems.“

Gerade Karrierefrauen mit Babywunsch fehlt zudem oft der zeugungswillige Partner. Vor allem Männer, die in zerrütteten Ehen groß geworden sind, schrecken Untersuchungen zufolge vor einer Elternschaft zurück, zumal mit einer selbständigen, selbstbewussten Frau – zu sehr quält sie der Gedanke, angesichts einer Scheidungswahrscheinlichkeit von weit über 30 Prozent schon bald zum Zahlvater eines Kindes degradiert zu sein, das sie gerade mal alle 14 Tage sonntags knuddeln dürfen.

Befinden sich Deutschlands Akademikerinnen im „Gebärstreik“, wie der christliche „Rheinische Merkur“ vermutet? Ganz im Gegenteil, kontert die linke „taz“,

ebenso wie das Alter der Erstgebärenden. Die Zeiten, als Frauen in der DDR ihr erstes Kind im Durchschnitt mit 21 Jahren bekamen, sind passé. Je später aber das erste Kind zur Welt kommt, desto geringer ist die Chance, dass weitere folgen – was dazu beiträgt, dass in Deutschland nur noch 10 Prozent der Frauen ein drittes Kind gebären, obwohl 25 Prozent in jungen Jahren von drei Kindern träumen.

Oft auch erstirbt bald nach der Geburt des Erstlings der Wunsch nach weiterer Nachkommenschaft. Während in jener Phase Sexualität und Außenkontakte nicht selten schwinden, schaukeln sich Binnenkonflikte hoch. „Kinderschitt, Ehekit“ – das war einmal.

Familienberatern ist das Dilemma geläufig: Nachdem beide vor der Geburt berufstätig waren und sich auch die Hausarbeit partnerschaftlich geteilt haben, bleibt die

junge Mutter, mangels Betreuungsalternativen, häufig allein im Haus und fühlt sich im Stich gelassen; der Vater flüchtet sich unterdessen vor dem Babygeschrei in Überstunden und genießt den innerfamiliären Machtzuwachs, den ihm die neue Rolle des Alleinernährers beschert.

Sicher ist: Der Kindermangel, geboren aus einer Vielzahl unterschiedlicher Ursachen, lässt sich allein mit Geld nicht beheben – und schon gar nicht allein mit der jahrzehntelang gängigen Methode, Kindergeld mit der Gießkanne zu verteilen.

Als Maßstab für erfolgreiche Familienpolitik galt noch jeder Bundesregierung die fast schon obligatorische Erhöhung dieser Transferzahlungen. Mehr Kindergeld als in Deutschland gibt es heute nur in Luxemburg; auch bei den Gesamtausgaben für Familien rangiert die Bundesrepublik mit jährlich 59 Milliarden Euro bei den Industriestaaten in der Spitzengruppe.

Staat per Kindergeld je kompensieren kann. Nicht die Ausgaben, die ein Kind verursacht, sagt Regierungsberater Bert Rürup, seien in vielen Fällen das eigentliche Problem, sondern der Wegfall der Einnahmen.

Weil Deutschland in Sachen Kinderbetreuung, so Rürup, „fast so was wie ein Entwicklungsland“ ist, können viele schlechter gestellte Eltern wiederum das nötige Geld für Pampers und Playmobil kaum selbst verdienen. Denn wenn sich in der Bundesrepublik Nachwuchs ankündigt, muss allzu oft ein Elternteil seine Berufspläne in den Wind schreiben.

Während kinderlose Paare zu 90 Prozent als Doppelverdiener Geld scheffeln, sind nur bei 70 Prozent der Elternpaare beide Partner berufstätig. Die Quote sinkt mit zunehmender Kinderzahl – nur noch 55 Prozent der Familien mit drei Kindern beziehen ein zweites Gehalt.

Die Einkommensschere klappt sogar noch sehr viel weiter auseinander, als diese Zahlen verraten: Die Mehrheit der deutschen Mütter kann dank unflexibler Kita-Öffnungszeiten nur Teilzeitjobs annehmen, während Kinderlose fast immer Vollzeit arbeiten. Und was die berufstätigen Mütter verdienen, geht größtenteils für die Betreuung der Kleinen drauf – der Beruf wird gleichsam zum unbezahlten Hobby.

Hohe Betreuungskosten, niedrige Einkommen – der Teufelskreis hat Kinderreichtum zum größten Armutsrisiko in Deutschland werden lassen. „Es gibt viele Methoden, sich dauerhaft zu ruinieren“, sagt Hellmut Puschmann, Ex-Präsident des Caritasverbandes, „eine der erfolgversprechendsten in Deutschland ist die Gründung einer mehrköpfigen Familie.“ Bei einem Durchschnittseinkommen von 30 000 Euro im Jahr muss eine vierköpfige Familie heute mit weniger Geld auskommen,



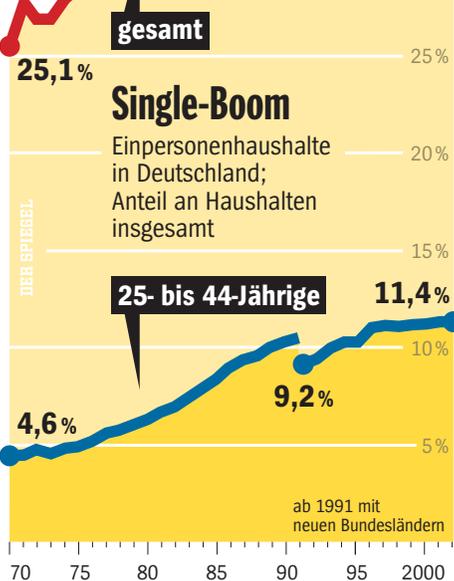
Mutterschaft nur noch eine Option unter vielen



Verschwendetes Geld? Ob bei der Geburtenrate, der Bekämpfung der Familienarmut, der Bildungsbilanz oder der Frauenerwerbsquote – auf all diesen Feldern liegt die Bundesrepublik abgeschlagen auf den hinteren Rängen.

„Wir sind wirklich ziemlich am Ende der Weltskala“, räumte Bundeskanzler Schröder vor SPD-nahen Managern ein. Von einem „Eliteversagen“ spricht eine Führungskraft aus dem Familienministerium: „Wir haben 15 bis 20 Jahre geschlampt.“

Verkannt haben die Planer beispielsweise, dass der Verzicht auf Fortpflanzung in vielen Fällen nicht einem Mangel an Wohlstand entspringt – auch das Gegenteil ist richtig. Hoch qualifizierte Besserverdiener in sicheren Positionen haben, wenn sie sich zeitweise für den Erziehungsjob entscheiden, mehr zu verlieren, als der



als ihr das Steuerrecht als Existenzminimum zubilligt; daran ändert auch die jüngste Steuerreform nichts.

Fast vergessen sind die schönen Versprechungen aus dem Wahlkampf 2002. Außenminister Joschka Fischer warb für eine „Politik auf Kindernasenhöhe“. SPD-Wahlstrategie Franz Müntefering tonte die Zeit sei „reif für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu Gunsten der Familie“.

Mittlerweile hat die Finanznot viele Vorhaben zunichte gemacht. Die im SPD-Wahlprogramm annoncierte Umgestaltung des Ehegatten-Splittings „zu Gunsten der Förderung von Kindern“ wurde gestrichen. Das Erziehungsgeld verkam zur Sozialfürsorge; den vollen, ohnehin seit 1986 nicht mehr erhöhten Satz erhalten künftig nur noch Geringverdiener.

Selbst von den Projekten, die SPD und Grüne im Koalitionsvertrag fest vereinbart

haben, ist wenig geblieben. Neben den 2000 vorhandenen wollten die Koalitionäre „10.000 zusätzliche Ganztagschulen aufbauen“. Jährlich eine Milliarde Euro wollte der Bund bereitstellen, allerdings nur für die Investitionen.

Die laufenden Kosten sollen die nicht minder Not leidenden Länder und Kommunen tragen – ein aussichtsloses Unterfangen. Bislang sind gerade mal 35 Millionen Euro aus dem Programm abgerufen.

Auch die Betreuung der Vorschul- und Kleinkinder, im Wahlkampf noch ein Topthema, ist weit nach unten gerutscht. Dabei ist die öffentliche Sorge für den Nachwuchs fast überall im Lande dürftig. Nur für 8,5 Prozent der Kleinkinder unter drei Jahren steht ein Krippenplatz bereit. Positive Ausnahmen wie die Kleinstadt Laer im Münsterland zeigen, dass auf bessere Angebote in kurzer Zeit ein beachtlicher Kindersegen folgen kann (SPIEGEL 44/2003).

Spätestens bis 2006, hatte Renate Schmidt versprochen, werde es wenigstens für jedes fünfte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz geben. Heute bekennt die Sozialdemokratin, das sei „bei allen Anstrengungen“ nicht zu schaffen – die zuständigen Kommunen wollen erst Geld sehen, bevor sie neue Aufgaben schultern.

Immerhin soll ein „Kinderzuschlag“ von monatlich 140 Euro für rund 150.000 Kinder von Geringverdienern gezahlt werden – Hilfe für Menschen, die lediglich sich selbst über Wasser halten können, nicht aber auch noch Nachwuchs, und die auf diese Weise aus der Sozialhilfe (künftig: Arbeitslosengeld II) herausgeholt werden sollen.

Der Union ist dank ihrer Oppositionsrolle die familienpolitische Nagelprobe erspart geblieben. Doch auch sie hat sich klammheimlich von ihren einstigen Wahlkampfschlagern verabschiedet.

Kanzlerkandidat Stoiber war mit dem Plan durchs Land gezogen, ein so genanntes Familiengeld von bis zu 600 Euro pro Kind und Monat auszuschütten. Die dafür nötigen rund 30 Milliarden Euro wollte der CSU-Zauberer aus den Erträgen des Wirtschaftswachstums finanzieren, das ihm als Morgengabe bei seinem Einzug in die Regierungszentrale vorschwebte.

Mittlerweile ist der Union diese Forderung ziemlich peinlich. Als CDU-Basisleute kürzlich in Hannover nachhaken, was denn aus dem schönen Plan geworden sei, blieb Parteichefin Merkel eine Antwort schuldig.

Völlig offen ist, ob und wann sich das Parlament daranmacht, ein altes Grundübel der Familienpolitik zu beheben, für das Rote wie Schwarze verantwortlich sind: die unfaire Verteilung der Steuer- und Soziallasten, die Kindseltern systematisch gegenüber Kinderlosen benachteiligt.

Ausgerechnet das umlagefinanzierte deutsche Rentensystem belohnt den Verzicht auf Kinder am höchsten. Denn seit je zahlen Arbeitnehmer mit Kindern die glei-



BALTZER / ZENIT / LAIF

Junge Türkinnen in Deutschland: Auch bei den Zuwanderern sinkt die Geburtenrate

chen Rentenbeiträge und erwerben die gleichen Anwartschaften wie ihre kinderlosen Altersgenossen.

Weil so der Zusammenhang zwischen Altersvorsorge und Kinderaufzucht gänzlich verloren ging, habe das System „auf dramatische Weise die gesellschaftlichen Normen verändert“, sagt Sozialreformer Sinn. Weil Eltern zugleich die künftigen

Beitragszahler großziehen, sorgen die Sozialabgaben für eine stete Umverteilung der Einkommen von Familien zu Gunsten von Kinderlosen.

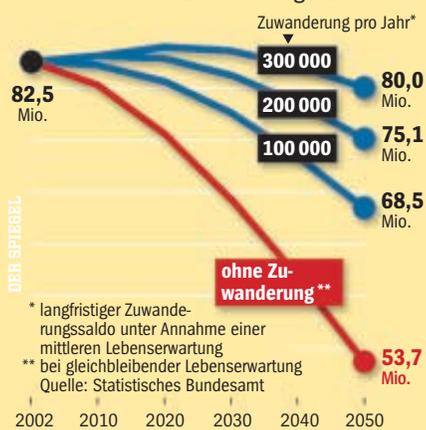
An die 100.000 Euro sei ein Kind für die Rentenversicherung der Zukunft wert, kalkuliert Sinn. Über die Anrechnung von Erziehungszeiten erhielten die Mütter (und selten die Väter) mit der Rente gerade mal elf Prozent dieser Summe zurück – und das auch nur, wenn sie 80 Jahre alt werden.

Nach Ansicht Sinns und der meisten seiner Fachkollegen geht die andauernde Debatte über die Generationengerechtigkeit folglich am Kern des Problems vorbei: An Gerechtigkeit mangle es weniger zwischen Jung und Alt als zwischen Kinderlosen und Eltern innerhalb der jeweiligen Generation, gleich welchen Alters.

Ähnlich lautete auch der Tenor eines Grundsatzurteils, mit dem die Karlsruher Verfassungsrichter schon vor zwölf Jahren der Rentenversicherung die „Benachteiligung namentlich der Familien mit mehreren Kindern“ attestiert haben. Folglich forderte das höchste deutsche Gericht, damals noch unter Vorsitz des späteren Bundespräsidenten Herzog, es sei „sicherzustellen, dass sich mit jedem Reformschritt die Benachteiligung der Familie tatsäch-

Schrumpfendes Volk

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bei unterschiedlichen Zuwanderungsszenarien





NOBERT MICHALKE

Ganztagschule (in Berlin-Wedding): „Politik auf Kindernasenhöhe“

lich verringert“. Doch sowohl die Regierung Kohl als auch ihre rot-grünen Erben haben dieses höchstrichterliche Votum ignoriert – nach Meinung des Ex-Verfassungsrichters Paul Kirchhof „ein Skandal des Rechtsstaates“.

Konsequenterweise legten die Richter bei der nächsten Gelegenheit noch einmal nach. Als ein Vater von zehn Kindern gegen den Einheitsbeitrag in der Pflegeversicherung klagte, bescheinigte das Gericht auch diesem System die Verfassungswidrigkeit und forderte die „Entlastung der kinderziehenden Beitragszahler“. Doch sowohl die Schröder-Regierung als auch die Merkel-CDU scheinen entschlossen, dieses Urteil ebenfalls weithin zu ignorieren.

Den Politiker-Boycott gegen ihre Urteile werden sich die Verfassungsrichter vermutlich nicht mehr lange gefallen lassen. Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier fordert ein „striktes Gegensteuern“: Der Staat sei gefordert, „die Familien vor allem im Bereich des Sozial- und Steuerrechts weit stärker als bisher zu entlasten“.

Insofern folgt Stoibers Vorschlag zum familienfreundlichen Umbau der Rentenversicherung lediglich den höchstrichterlichen Vorgaben. Ginge es nach der CSU, würden Arbeitnehmer einen um 50 Euro pro Kind gesenkten Beitrag zur Altersversorgung zahlen, die daraus entstehenden Fehlbeträge müssten durch höhere Zahlungen der Kinderlosen ausgeglichen werden – eine Forderung, die Merkel noch im vorigen März vehement unterstützt hatte.

Doch kaum hatte Stoiber das Konzept vorgestellt, inszenierten CDU-Politikerinnen einen Proteststurm. Stoiber „spaltet das Land“, empörte sich etwa CDU-Präsidentin Hildegard Müller; sein Konzept bedeute eine „Bestrafung“ der Kinderlosen.

Doch diese Argumentation stellt die Wirklichkeit auf den Kopf, meinen Fachleute wie der Ökonom Sinn. Denn es seien die Eltern, die im Rentenrecht benachteiligt würden, weil sie wegen der Kinderkosten

weit weniger für die private Altersvorsorge sparen könnten. Tatsächlich gehe es um den „Verzicht auf die staatliche Bestrafung des Kinderkriegens“.

Auch Udo Di Fabio, der konservative Vordenker des Zweiten Senats des Verfassungsgerichts, prangert die Benachteiligung der Erziehenden an: Inzwischen seien „die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Weichen eindeutig so gestellt, dass die Entscheidung für die große Familie wirtschaftlich weiten Einkommensgruppen verschlossen ist, wollen sie nicht in relativer Armut leben“.

Nicht minder drastisch als das Sozialrecht schlägt das Steuersystem auf die Familieneinkommen durch. Zwar hat Rot-Grün – auch das auf Forderung der Karlsruher Richter – mittlerweile das volle Existenzminimum für Kinder steuerfrei gestellt.

Nachwuchssorgen

PLATZ	LAND	LEBENDGEBORENE je tausend Einwohner*
1.	Somalia	49,9
2.	Niger	49,4
3.	Afghanistan	48,5
80.	Indien	23,8
108.	Türkei	19,8
114.	Brasilien	19,1
136.	China	14,8
140.	USA	14,3
148.	Frankreich	12,5
154.	Niederlande	12,1
156.	Dänemark	12,0
163.	Großbritannien	10,8
170.	Spanien	10,0
176.	Japan	9,4
185.	Deutschland	8,7
186.	Ukraine	8,7
187.	Italien	8,6
188.	Georgien	8,2
189.	Lettland	8,2
190.	Hongkong (China)	8,1

DER SPIEGEL

* im Jahr 2002
Quelle: Weltbank

Mit der Steuerreform jedoch kassierte die Koalition einen Teil dieses Gewinns gleich wieder ein, weil die Freibeträge mit jeder Steuersenkung an Wert verlieren.

Vor allem aber verlagerten die Regierenden jeglicher Couleur in den vergangenen zehn Jahren einen immer größeren Teil der Steuerlast auf die Mehrwertsteuer, die keine Rücksicht auf die Familieneinkommen nimmt. Für die indirekten Steuern, die mittlerweile 50 Prozent des gesamten Aufkommens ausmachen, müssen Familien wegen des Konsumbedarfs ihrer Kinder unverhältnismäßig viel beitragen.

„Besonders perfide“, urteilt der hessische Sozialrichter Jürgen Borchert, wirke dabei die Ökosteuer. Zum einen zahlen Familien wegen des höheren Energieverbrauchs im Haushalt viel mehr als Kinderlose. Zum anderen finanziert Rot-Grün mit der Ökosteuer eine Senkung der Rentenbeiträge, die kinderlosen Arbeitnehmern genauso zugute kommt wie Eltern. Pro Person gerechnet hat ein Single darum dank der Senkung der Rentenbeiträge im Jahr 2000 mehr als viermal so viel eingespart wie eine vierköpfige Familie.

„Familien sind nicht arm, sie werden arm gemacht“, folgert Borchert.

Wie es anders geht, demonstrieren die Franzosen. Voriges Jahr verblüfften sie die europäischen Nachbarn sogar mit Nachrichten über gravierende Engpässe in Entbindungskliniken: Über 800 000 Kinder wurden geboren, im Schnitt 1,9 Kinder pro Frau – Spitze auf dem Kontinent.

Der Babyboom ist weniger ein Verdienst kinderfreundlicher Nordafrikaner mit französischem Pass als die Frucht einer Familienpolitik, die Paris konsequent fortsetzen will – auch um den Preis wachsender Verschuldung.

Eine Milliarde Euro macht die Regierung von Premierminister Jean-Pierre Raffarin von diesem Jahr an etwa für eine „Geburtsprämie“ locker, 800 Euro pro Kind soll es geben. Das Geld soll bereits vor der Geburt ausgezahlt werden, um die ersten Anschaffungen zu erleichtern.

Im Zentrum der Umverteilung steht in Frankreich eine Familienkasse, die ein üppiges Arsenal an Zuschüssen bereithält: Geburtsbeihilfen, Erziehungsgeld, Wohngeld, Unterstützung zum Schuljahresbeginn sowie für Alleinerziehende. Einige Hilfen sprudeln erst ab dem zweiten Kind, das Kindergeld spielt eine Nebenrolle.

Flankiert wird das staatliche Füllhorn, das zehn Millionen Haushalte versorgt, von einer betont familienfreundlichen Steuerpolitik. Das zu versteuernde Einkommen wird nicht für den Haushalt, sondern pro Kopf berechnet: Jedes Kind verringert die Steuerschuld erheblich, Durchschnittsverdiener mit drei Kids zahlen dank Kindersplitting überhaupt keine Einkommensteuer mehr. Obendrein können sie mit einem Aufschlag bei der Rente rechnen. Die-



MANFRED WITT (L.), A. FACELLY (R.)

Zur Kinderkrippe umgebaute frühere Chirac-Wohnung in Paris, Ehepaar Chirac im Elysée-Palast: Plexiglas vorm Kamin

Rabenmütter gibt es nicht

Warum es Frauen in Frankreich gelingt, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Die Szene ist an Symbolik kaum zu überbieten: Wo Jacques Chirac einst unter acht Meter hohen Decken gut 450 Quadratmeter mietfrei als Privatwohnung nutzte, robbn jetzt bis zu 67 Babys und Kleinkinder über das Eichenparkett.

Chiracs Nachfolger im Amt des Pariser Bürgermeisters, der Sozialist Bertrand Delanoë, hatte die feudale Dienstwohnung gleich nach seiner Wahl zur Kinderkrippe umbauen lassen. Seit September 2003 können die Rathaus-Bediensteten hier ganztags ihren Nachwuchs im Alter von drei Monaten bis zu drei Jahren unterbringen. Den historischen Kaminen wurde vorsichtshalber ein Plexiglas-Schutz verpasst.

Die Botschaft ist so kalkuliert wie medienrätlich: Für Privilegienwirtschaft wird im Pariser Rathaus unter Delanoë kein Geld mehr ausgegeben – für Kinder umso mehr. 239 Millionen Euro will allein die Stadt Paris in den kommenden vier Jahren in die Betreuung von Kindern bis zu drei Jahren investieren und damit ein zentrales Wahlversprechen Delanoës einlösen.

Denn in Paris fehlen derzeit 4500 bis 5000 Krippenplätze. Und in Frankreich sind berufstätige Frauen mit Kindern zu einer durchaus ernst zu nehmenden Wählergruppe angewachsen: 72,3 Prozent aller Französinen mit zwei Kindern und immerhin 51 Prozent aller Mütter mit drei Kindern arbeiten voll – und sie tun das ohne schlechtes Gewissen.

Für Französinen hört das Berufsleben nicht auf, wenn sie Mutter werden. Kinder sind eine willkommene Bereicherung, aber kein Grund zur Selbstaufgabe.

Die Opferhaltung, mit der viele deutsche Frauen sich dem vermeintlichen Wohl ihres Kindes unterordnen, ist für Französinen kaum nachvollziehbar. Die Karriere den Kindern zuliebe oder den Kinderwunsch der Karriere zuliebe aufzugeben ist für die meisten von ihnen keine akzeptable Entscheidung.

Die Französinen üben sich lieber im modernen Dreikampf: Sie sind Mutter, arbeiten und bleiben bei alledem – im angestrebten Idealfall – immer noch anderen Dingen zugewandte und begehrenswerte Frauen.

Diese Grundeinstellung findet sich in allen Gesellschaftsbereichen, sie prägt auch die französische Familienpolitik. Ein flächendeckendes Netz aus Babysitter-Agenturen und professionellen Kindermädchen-Vermittlungen überzieht Paris wie andere Städte. Rein logistisch wäre es bei ausreichenden finanziellen Mitteln kein Problem, sein Kind von der Geburt an 24 Stunden lang betreuen zu lassen.

Gut situierte Pariserinnen nehmen mit großer Selbstverständlichkeit einen Service in Anspruch, der in Deutschland einen kollektiven Mütteraufschrei verursachen würde: den so genannten „sortie de clinique“-Dienst. Säuglingspflegerinnen kommen nach dem Verlassen der Klinik für mehrere Wochen und viel Geld ins Haus, um sich von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens um das Neugeborene zu kümmern. Nächtliches Aufstehen entfällt bei diesem Versorgungskonzept, das Stillen allerdings auch – vielen Französinen ist das ohnehin zu umständlich, weil es sie „zu sehr vom Kind abhängig macht“.

Französische Mütter aller Schichten eint die historisch verwurzelte Überzeugung, dass Fremdbetreuung einem Kind nicht schadet, sondern im besten Fall sein Leben bereichert. Den unerschütterlichen deutschen Glauben, eine physische Dauerpräsenz der Mutter sei das Beste fürs Kind, teilen nur wenige.

Die Tradition der staatlich organisierten Kinderbetreuung wurzelt im 19. Jahrhundert. Die ersten französischen Vorschulen für Kinder ab drei Jahren („écoles maternelles“) wurden 1881 gegründet, weil der Staat meinte, die Familie schützen zu müssen, die Kindererziehung nicht der Kirche überlassen zu dürfen.

„Eine Frau, die ihre Kinder einer anderen Person anvertraut, wird in Frankreich nicht stigmatisiert“, sagt die Familienforscherin Jeanne Fagnani, „und das hat viel mit den historischen Erfahrungen zu tun.“ Die Soziologin am renommierten Forschungsinstitut CNRS ist Mutter zweier Kinder, heute 28 und 30 Jahre alt, die mit drei Monaten in die staatliche Kinderkrippe („crèche“) gekommen waren. Anders als damals, so Fagnani, würden „crèches“ wie die „écoles maternelles“ von Familien aller Schichten als „kindgerechte, die Entwicklung fördernde Betreuungseinrichtungen und nicht als Notlösung empfunden“.

Nicht zuletzt weil Frauen im Dienstleistungssektor gebraucht wurden, ersetzte Valéry Giscard d'Estaing in den siebziger Jahren „Mutterschaftspolitik durch Familienpolitik“. Zuschüsse für Mütter, die zu Hause blieben, entfielen; das Geld floss in Krippen- und Vorschulplätze.

Seither arbeiten viele Französisinnen ganztags, ganz ohne Gewissensbisse. „Warum soll ich für eine relativ kurze Zeit, in der die Kinder klein sind und intensivere Betreuung brauchen, meine gesamte berufliche Karriere aufgeben?“, fragt Marielle Taylor, 59, Advertising Manager für Europa bei IBM und Mutter zweier Söhne, heute 27 und 25. Jeweils drei Monate nach der Geburt fing sie wieder an zu arbeiten.

Kam Taylor nach Reisen aus den USA übermüdet und vom Jetlag geplagt zurück, ging sie mit den Kindern erst einmal ins Kino, um zwei Stunden schlafen zu können. Auf eines allerdings hat sie verzichtet – auf ein drittes Kind: „Das hätte ich irgendwie nicht mehr geschafft.“

Kinderpsychologinnen wie die Fachautorin Sylviane Giampino bestätigen die Französisinnen in ihren Ansichten über frühkindliche Erziehung. „Ein Leben in Gemeinschaft, außerhalb der Familie“, sagt Giampino, sei für Kinder „eine wichtige intellektuelle und affektive Bereicherung“.

Die These wird zumindest nicht widerlegt von der in den Siebzigern geborenen Generation, die ihr Kinderleben in Ganztagsbetreuung verbracht hat: Keine einzige Studie weist auf Beeinträchtigungen oder Entwicklungsstörungen hin. Wider manche deutsche Überzeugung hat das französische System keine Generation seelisch und emotional verarmter Menschen hervorgebracht.

Glückliche und ausgeglichene Mütter haben auch glückliche und ausgeglichene Kinder – das ist die Grundüberzeugung vieler berufstätiger Französisinnen. Hinzu kommt eine zweite, sehr französische Erkenntnis: „Wenn sich alles immer nur um das Kind dreht, ist das einfach nicht gut für das Kind“, sagt Gabrielle de la Ville-Baugé, 34, Geschäftsführerin einer Pariser Werbeagentur, Mutter zweier Söhne (sieben und fünf Jahre alt) und im vierten Monat schwanger. Sie hat einen Vier-Fünftel-Job, ihrer Ansicht nach „das Idealmodell schlechthin“. An vier Tagen in der Woche arbeitet sie voll. Der schulfreie Mittwoch ist den Kindern vorbehalten.

Bald nach der Geburt ihres dritten Kindes will sie in den Beruf zurückkehren, „weil mir sonst einfach etwas fehlt“. Außerdem hätten es „Nur-Hausfrauen“ mit Kindern in Frankreich schwer: „In manchen Kreisen wird man da fast sozial geächtet.“

Wenngleich auch französische Frauen oft verzweifeln am Kraftakt zwischen Arbeit, Kinderversorgung und Alltagsorganisation an der Seite von Macho-Männern und viele nicht aus emanzipatorischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten – ein Vorteil kommt ihnen allen zugute: „Rabenmütter“ gibt es in Frankreich nicht – weder als Muster gesellschaftlicher Vorverurteilung noch als Vokabel.

BRITTA SANDBERG



FALKE / LAFI

Kinder in Afrika: Verdoppelung des Bevölkerungsanteils binnen 300 Jahren?

se Politik setze „klare Anreize, dass Kinder insbesondere auch in den sozial intakten Familien der Mittelschicht großgezogen werden“, lobt der deutsche Ökonom Sinn den französischen Weg. Verfassungsrichter Di Fabio hat das Gleiche vor Augen: Solange unterhaltsberechtigte Kinder noch bei ihren Eltern leben, sei „deren Einkommen steuerrechtlich auf die Zahl der Köpfe zu verteilen“, schlägt er vor.

Neben der materiellen Hilfe gehört die Kinderbetreuung zum Kern französischer Familienpolitik. Folge: Viele junge Mütter

mischen Kalkül: Statt Almosenverteilung wird Gesellschaftspolitik gemacht.

Diese Möglichkeit scheint sich, bei aller Freundschaft mit Paris, den Berliner Regenten erst allmählich zu erschließen – ebenso wie die Möglichkeit, Kommunen und Unternehmen zu mehr Kinderfreundlichkeit zu ermutigen.

Was das möglich ist, demonstriert die Stadt Nürnberg. Im Juni 2000 rief der Stadtrat ein „Bündnis für Familie“ aus, um in der fränkischen Metropole ein „positives Klima für Kinder“ zu schaffen. Seither treffen sich in wechselnden Konstellationen alle, die in der Spielzeugstadt mit Kindern zu tun haben: Behördenleiter und Verbandsvertreter, Unternehmer und Lehrer, Kirchenleute und, natürlich, Eltern.

Das Runder-Tisch-Prinzip zwingt die Planer zum Perspektivenwechsel – und sei es auch nur bei der Schaltung einer Ampel oder der Gestaltung einer Grünfläche. „Stadtentwicklungspolitik wird heute von wirtschaftlichen Zwängen diktiert“, sagt Oberbürgermeister Ulrich Maly, „das Bündnis bringt auf eine lockere, selbstbewusste Art auch die nicht ökonomischen Interessen wieder mit ins Spiel.“

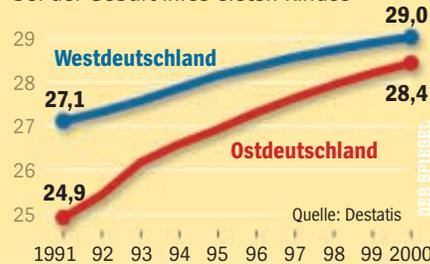
Vor allem ist das Nürnberger „Bündnis für Familie“ ein Ideen-Laboratorium, in dem praxistaugliche Lösungen für die großen wie kleineren Nöte des Nachwuchses entstehen. So können Eltern neuerdings mit einem „Familienpass“ allerlei Rabatte einheimsen – im Hallenbad, in Restaurants und beim Einkaufen.

Bayerns Sozialministerin Christa Steuens (CSU) will das Nürnberger Modell nach der Testphase am liebsten auf den Freistaat ausdehnen. „Mit der Gratis-Semmel beim Bäcker oder dem Rabatt beim Schuhkauf können Unternehmen zeigen, dass Familien in unserer Gesellschaft willkommen sind“, schwärmt die Ministerin.

Auch ihre Berliner Kollegin Renate Schmidt hat das Modell aus ihrer Heimatstadt zur Top-Priorität erklärt: „Ein sehr gutes Instrument“, lobt sie die Initiative; eine neue Arbeitsstelle im Ministerium soll

Alternde Eltern

Durchschnittsalter verheirateter Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes



steigen wenige Monate nach der Geburt wieder in den Beruf ein. Das Kind kommt zu einer Tagesmutter oder in die Kinderkrippe, beides wird bezuschusst.

Neben der traditionellen Ganztagschule gibt es die Vorschule, die „école maternelle“, die nahezu jedes Kind von seinem dritten Geburtstag an besucht. Immerhin jedes zweite Kind unter drei Jahren findet einen Platz in einer Krippe.

Und der Ausbau wird weitergehen: 200 Millionen Euro würden für 20000 neue Krippenplätze investiert, verspricht Premierminister Raffarin. Daneben gibt es einen Boom für Tagesmütter: 450000 Frauen arbeiten als staatlich anerkannte „nour-nou“ – ein „Zukunftssektor“, schwärmt der Premier. So folgt Frankreichs Familienpolitik stets auch einem harten ökonomischen

weitere Gründungen vorantreiben. Auf anderen Politikfeldern verspürt die Leiterin des kompetenzarmen „Ministeriums für Gesellschaft“ (Schmidt) ihre Machtlosigkeit – vor allem auf dem Notstandsgebiet Nummer eins, bei den Krippenplätzen.

Weil die klammen Kommunen nicht mitziehen, setzt Schröders Frau fürs Familiäre voll auf die deutsche Wirtschaft: Von den Unternehmen erhofft sie sich verstärkt flexible Arbeitszeiten und gut organisierte Kinderbetreuung.

Auch manchem Konzernlenker dämmert mittlerweile, dass weniger Nachwuchs auf Dauer weniger Nachfrage bedeutet – und mittelfristig zu Fachkräftemangel führt. Im globalen Wettbewerb werden kinderreiche Konkurrenten den Deutschen ohnehin bald Probleme bereiten: Junge Nationen, das belegen Studien, sind innovativer, dynamischer und damit potenziell auch erfolgreicher als angehende Rentnerrepubliken wie Deutschland.

lockt ein Ministerialer: „Wir rennen offene Türen ein.“

Mit einem Bombardement von Expertengutachten versucht das Familienministerium, die Bresche noch zu verbreitern. Von der Prognos AG ließ Schmidts Ressort jüngst zehn mittelständische Unternehmen darauf abklopfen, welche Kosten eine familienorientierte Personalpolitik verursacht – Ergebnis: keine. Denn 300 000 Euro auf der Sollseite standen Einsparungen von 375 000 Euro gegenüber.

„Eine familienfreundliche Unternehmenskultur ist keine Wohltat, sondern rechnet sich auch betriebswirtschaftlich“, redet der Schmidt-Verbündete und DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun den Chefs ins Gewissen. In seiner Melsunger Medizintechnik-Firma gibt es 16 verschiedene Schichtmodelle mit mehr als 100 Arbeitszeit-Varianten.

Als vorbildlich in Sachen Familienfreundlichkeit gilt die KfW-Bankengruppe

„Ich wollte immer schon beides: Familie und Beruf“, sagt Teilzeit-Direktorin Stein und erinnert sich an ihre Kinderzeit: „Wenn ich gefragt wurde, ob ich lieber Schokolade oder Gummibärchen wolle, hieß die Antwort natürlich: beides!“

Die studierte Ethnologin hat eine siebenjährige Tochter und einen dreijährigen Sohn; die Frau, mit der sie sich die Stelle teilt, ist Mutter eines Kindes. Stein: „Wenn ich die Kollegin morgens anrufe und nur sage: ‚Wir haben die Läuse‘, muss ich nichts lange erklären.“ Die andere versucht dann, ihre Termine mit zu übernehmen.

Trotz aller Angebote der KfW und eines Hortplatzes für die Tochter benötigt auch Stein zusätzliche private Kinderbetreuung. Sie hat ein Aupairmädchen „und ein doppeltes Netz von Babysittern“. Die kommen vor allem zum Einsatz, wenn ein Kind krank ist, Schulferien sind oder die Mama auf Dienstreise muss.



FRANK OSESERBRINK

Armutsfalle Kind

Einkommenssituation 2004 von Durchschnittsverdienern mit einem Jahresbrutto von **30 000 Euro**

DER SPIEGEL

Angaben in Euro	Single kein Kind	Ehepaar 1 Kind	Ehepaar 2 Kinder	Ehepaar 3 Kinder
Nettoeinkommen einschließlich Kindergeld	18 412	23 847	25 695	27 543
Betrag, den der Staat als Existenzminimum steuerlich freistellt, inklusive Betreuungsaufwand	7 664	21 136	26 944	32 752
Betrag, um den das Nettoeinkommen über oder unter dem Existenzminimum liegt	+10 748	+2 711	-1 249	-5 209

Nach dieser Berechnung hat eine Familie mit zwei oder drei Kindern **weniger als das steuerliche Existenzminimum** zur Verfügung.

Familienministerin Schmidt*: „Die Wirtschaftsverbände haben gelernt, dass wir keine Feinde sind“

Wie sehr der Standort Deutschland auf die Ressource Baby angewiesen ist, zeigt eine Studie der Baseler Prognos AG. „Das Beschäftigtenpotenzial“, heißt es da, „begrenzt die Wertschöpfung.“ Und: „Eine Politik, die die Rahmenbedingungen für eine höhere Geburtenrate schafft, trägt dazu bei, langfristig höhere Wachstumsraten zu generieren.“

Mit ihren Appellen findet die Familienministerin bei Managern ein zunehmend positives Echo. Für eine „Allianz für die Familie“ hat sie alle großen Wirtschaftsverbände sowie den DGB als Partner gewonnen, dazu die Bertelsmann-Herrin Liz Mohn und so ziemlich alle prominenten Reform-Gurus des Landes, von Peter Hartz über Bert Rürup bis zu Roland Berger.

„Die Wirtschaftsverbände haben gelernt, dass wir keine Feinde sind“, froh-

in Frankfurt am Main. Schon im Foyer, gleich neben der schweren Drehtür, fällt eine elektronisch gesteuerte Schiebetür auf, die auch mit einem Kinderwagen leicht passierbar ist. Daneben steht: „Eingang Eltern/Kind“.

Mit dem Kinderwagen in die Bank? Das kommt hier oft vor: Die KfW hat schon seit 30 Jahren einen betriebseigenen Kindergarten und Hort mit 45 Plätzen, bei Betriebsfesten sind Kinder ausdrücklich erwünscht. Zudem gibt es einen Familienservice samt Notkindergarten, der auch Tagesmütter und Aupairs vermittelt.

Familiengerecht ist beispielsweise die 60-Prozent-Stelle von Babette Stein, 40. Die zweifache Mutter teilt sich die Leitung der Unterabteilung „Geschäftspolitik“ in der KfW-Entwicklungsbank mit einer Kollegin. Die Tandem-Lösung wurde vom Chef erdacht, nachdem ein Modellversuch in einer anderen Abteilung erfolgreich verlaufen war.

Ihr Mann ist selbständig und viel unterwegs, also nicht einplanbar. So teilt die Mutter das Los vieler verheirateter Frauen, deren Männer gut verdienen: „Finanziell gesehen könnte ich genauso gut zu Hause bleiben“, sagt sie, „ein Großteil meines Nettogehalts geht für Kinderbetreuung drauf.“

Für den Arbeitgeber allerdings lohnt es sich, das „Humankapital“, das Babette Stein und ihre Kollegin darstellen, zu nutzen. Das wurde von Mitarbeitern, die sich für die Einrichtung einer betriebseigenen Kinderkrippe engagieren, exakt errechnet und nachgewiesen.

Rentabilität – das scheint in Deutschland mittlerweile das stärkste Argument für Kinderfreundlichkeit zu sein.

JOCHEN BÖLSCHKE,
 PETRA BORNHÖFT, ANNETTE BRUHNS,
 HORST VON BUTTLER, ANKE DÜRR,
 DIETMAR HIPPE, HANS MICHAEL KLOTH,
 ALEXANDER NEUBACHER, NORBERT F. PÖTZL,
 HARALD SCHUMANN, CLAUDIA VOIGT

* In ihrem Büro, mit Berliner Kita-Kindern.